



**Jetzt liegt es an uns, die
Tür zu unserer europäischen
Zukunft offen zu halten**

Der Abbruch ist inakzeptabel – Die Schweiz ist europäisch!

von **Eric Nussbaumer**, Präsident der Europäischen Bewegung Schweiz

Die Europäische Bewegung Schweiz ist entsetzt über den Entscheid des Bundesrats, das institutionelle Rahmenabkommen mit der EU nach so langen Verhandlungen aufzugeben. Dieser Entscheid bedeutet das Ende des bilateralen Wegs und führt damit zu einer Abkehr vom wichtigsten europapolitischen Ziel der Regierung – das ist inakzeptabel!



ERIC NUSSBAUMER, Präsident der Europäischen Bewegung Schweiz

Entsetzt nimmt die Europäische Bewegung Schweiz Kenntnis vom heutigen Entscheid des Bundesrats, das institutionelle Rahmenabkommen aufzugeben. Der Entscheid diesen «Schlüsselvertrag» nach langem Hin und Her nun zu beerdigen, bedeutet das Ende des bilateralen Wegs. Der Verhandlungsabbruch führt zu einer Erosion der bilateralen Verträge und damit zu einer fortschreitenden Isolation der Schweiz. Die Regierung kommt damit auch ihrem Legislaturziel 12 nicht nach: Anstatt, dass die Schweiz «über geregelte Beziehungen mit der EU» verfügt, steht sie nun ohne europapolitische Perspektive, dafür aber mit Rechtsunsicherheit da.

Eine Entscheidung, die den Interessen der Schweiz schadet

Dieser Entscheid des Bundesrates schadet den Interessen der Schweiz schwer. Die Isolation ist nicht hinnehmbar für eine Schweiz, die im europäischen Gefüge stark verwurzelt ist. Die Schweiz ist europäisch. Wir sind Europäer:innen!

Ein Schlüsselvertrag, der Türen geöffnet hätte

Es ist falsch, sich die Schweiz ausserhalb der EU vorzustellen. In Wirklichkeit liegt sie im Herzen der Institution; geografisch, wirtschaftlich, sozial und kulturell. Unabhängig davon, was die Schweiz tut oder wie sie sich entscheidet: Die EU geht vorwärts. Die Frage lautet also nicht, ob die Schweiz am europäischen Integrationsprozess teilnehmen soll oder nicht, sondern welchen Platz und welche Rolle sie in Europa künftig einnehmen will. Das institutionelle Rahmenabkommen hätte uns viele Türen geöffnet – zu einem besseren Zugang zum gemeinsa-

men Markt, zu einer weiteren Zusammenarbeit und zu einer grösseren Partizipation an der Entwicklung von Lösungsansätzen für die europäischen Herausforderungen von heute und morgen. Darauf zu verzichten ist schlicht verantwortungslos!

Isoliert können wir nicht souverän sein

In einer vernetzten Welt sichert sich niemand seine Macht im Alleingang. Die beste Position in einer Staatengemeinschaft ist es, mit Stimmrecht dort zu sitzen, wo Entscheidungen getroffen werden. Die aktuelle Situation, in welcher Schweizer:innen in ihrem Alltag zwar oft direkt von EU-Gesetzen betroffen sind aber kein Mitspracherecht haben, schwächt die Souveränität der Schweiz anstatt sie zu stärken.

Die Europäische Bewegung erwägt die Lancierung einer Volksinitiative

Im Bewusstsein ihrer Verantwortung prüft die Europäische Bewegung deshalb nun die Lancierung einer Volksinitiative, die darauf abzielt, die europäische Integration der Schweiz zu bewahren und eine sachliche und offene Debatte über die Rolle und den Platz der Schweiz in Europa zu ermöglichen.

Für die Schweiz ist die weitere europäische Integration nicht nur eine Frage der Gegenwart – sie ist vor allem eine Frage der Zukunft. Denn die Perspektiven der jungen Generation und deren Möglichkeit, ihre europäische Zukunft zu gestalten, stehen auf dem Spiel.

Wenn der Bundesrat nicht in der Lage ist die Türen zu unserer europäischen Zukunft offen zu halten, ist es an uns Europäer:innen, dies zu tun! ★

Lesen Sie auf der letzten Seite dieses Magazins auch «Die Folgen des 26. Mai 2021» und erfahren Sie mehr darüber, wie Sie die europäische Zukunft der Schweiz unterstützen können.





europa.ch

Das Magazin der Europäischen Bewegung Schweiz | Nr. 1/2021



“

Interview mit Thérèse Blanchet

**«Die Mitgliedstaaten
wissen: Im Zusammenhalt
liegt die Stärke»**

Seite 6

INHALT

DIE GROSSEN HERAUSFORDERUNGEN DER EU

- 3 Der Weg in die digitale Zukunft Europas
- 4 Klima: Vom Engagement zum Handeln
- 5 Unser «darwinistischer Moment»

INTERVIEW

- 6 «Die Mitgliedstaaten wissen: Im Zusammenhalt liegt die Stärke»

LITERATUR

- 9 Über Europa schreiben – Hoffnung erzählen

AKTIVITÄTEN DER BEWEGUNG

- 10 Der Schweizer Motor der europäischen Integration

INTERNATIONAL

- 11 Covid 19: Wozu war die Europäische Union überhaupt befähigt?

SEKTIONEN

- 12 Porträt: Sektion Bern

YES

- 13 Oberrheintag und Schweiz-Europa-Seminar: Projekt um Projekt!

EU-MYTHEN AUFGESPIESST

- 14 Was immer EU-Funktionäre tun: Es ist «Bürokraten-Irrsinn»

EU-SPOTS

- 15 Ein Quantensprung in der Innovationsförderung
- 15 Nahziel: 25 % Bio-Landwirtschaft in der EU
- 15 «Europäische Kindergarantie» soll vor Kindernot schützen

Der Zusammenhalt der Europäer:innen

Liebe Leserin, lieber Leser,

Der Beginn des 21. Jahrhunderts gleicht in keiner Weise dem Ende des 20. Jahrhunderts. Die Begeisterung nach dem Mauerfall, beruhend auf der globalen Vision von Demokratie und Freihandel, scheint weit entfernt. Dreissig Jahre später befinden wir uns in einer Welt, die von einer Reihe von Krisen und zunehmenden Spannungen geprägt ist. Von der Ostflanke des Kontinents bis zu den südlichen Ufern des Mittelmeers sieht sich Europa mit einer Viel-

zahl von Herausforderungen konfrontiert, welche noch lange zum europäischen Zusammenhalt beitragen werden. Das ist das grosse Paradox unserer Zeit: Während die Europäische Union eine Krise nach der anderen durchmacht und einige berechnete Zweifel an ihrer Stabilität aufkommen, haben die Europäer:innen bislang nicht verstanden, wie wichtig ihr Zusammenhalt ist. Angesichts einer zunehmenden strategischen Verlagerung der US-Politik weg von Europa hin nach Asien und einer stärkeren Konfrontation mit feindseligen Mächten wie Russland oder China, bleibt den Europäer:innen nichts anderes, als geschlossen zusammenzustehen, wenn sie sich behaupten wollen. Im Zentrum dieser Einsicht steht Deutschland, das sich klar weiterentwickelt hat und aktuell eine tragende Rolle übernimmt. Bundeskanzlerin Angela Merkel hat die geopolitische und wirtschaftliche Realität er-

Vincent Maitre

Vize-Präsident der Europäischen Bewegung Schweiz



© Schweizerisches Parlament

zahl von Herausforderungen konfrontiert, welche noch lange zum europäischen Zusammenhalt beitragen werden.

Das ist das grosse Paradox unserer Zeit: Während die Europäische Union eine Krise nach der anderen durchmacht und einige berechnete Zweifel an ihrer Stabilität aufkommen, haben die Europäer:innen bislang nicht verstanden, wie wichtig ihr Zusammenhalt ist. Angesichts einer zunehmenden strategischen Verlagerung der US-Politik weg von Europa hin nach Asien und einer stärkeren Konfrontation mit feindseligen Mächten wie Russland oder China, bleibt den Europäer:innen nichts anderes, als geschlossen zusammenzustehen, wenn sie sich behaupten wollen.

Im Zentrum dieser Einsicht steht Deutschland, das sich klar weiterentwickelt hat und aktuell eine tragende Rolle übernimmt. Bundeskanzlerin Angela Merkel hat die geopolitische und wirtschaftliche Realität er-

In unserem Land mangelt es bedauerlicherweise an solcher Klarsicht. Der Bundesrat täte gut darin, anzuerkennen, dass sich die Welt verändert hat und dass diese Veränderungen eine tiefe Einbindung der Schweiz in die Europäische Union erfordern.

Natürlich hat die Union noch nicht all ihre Probleme gelöst. Ihre Bürokratie hindert sie oft daran, schnell zu handeln und sich durchzusetzen. Es gibt Spannungen zwischen den Ländern im Osten und Westen des Kontinents, es mangelt an Einigkeit bei wichtigen aussenpolitischen Fragen. Es wäre falsch, diese Probleme zu unterschätzen. Aber die weltpolitische Realität stärkt den Zusammenhalt der EU zweifellos. Die Europäer:innen haben es nun verstanden: Wenn sie ihre Zukunft nicht Peking, Moskau oder gar Washington anheimstellen wollen, dann müssen sie zusammenhalten. ★

Der Weg in die digitale Zukunft Europas

von **Claudia Gamon**, Europaabgeordnete

Nach dem Sturm auf das US-Kapitol, befeuert durch Donald Trumps Tweets und den Hashtag #StopTheSteal, reagierte Twitter mit einer dauerhaften Sperre Trumps, um künftige Anstiftungen zu Gewalt einzudämmen. Die Meldung über die Sperrung von Trumps Twitter-Account ging um die Welt und hat allerorts Diskussionen über die Grenzen der Meinungsfreiheit im Netz ausgelöst.

Was die einen als Sieg der demokratischen Werte bejubeln, beurteilen andere als eben deren Untergang. Entspricht es den Grundsätzen einer liberalen Demokratie, Politiker:innen dauerhaft vom Diskurs auf öffentlichen Plattformen auszuschließen? Während sich die digitale Welt in den letzten Jahren massiv weiterentwickelt hat, stützen sich derzeitige europäische Regelungen nach wie vor auf die E-Commerce-Richtlinie, die vor über zwei Jahrzehnten verabschiedet wurde – in einer Zeit, als Plattformen wie Google oder Amazon noch in den Kinderschuhen steckten. Um die Richtlinie auf den neuesten Stand zu bringen, hat die Kommission ein Gesetzespaket vorgelegt, bestehend aus dem Digital Markets Act (DMA) und dem Digital Services Act (DSA).

Mit dem DMA sollen sogenannte Torwächter («Gatekeeper») stärker reguliert werden. Das sind zentrale Plattformen wie Google, Facebook oder Amazon, die wegen ihrer beherrschenden Marktstellung Gefahr laufen, unlauteren Wettbewerb zu betreiben. Die neuen Bestimmungen sollen zu mehr Gerechtigkeit führen und die Marktposition europäischer Unternehmen stärken.

Die Onlinegiganten sind schon länger im Visier der Kommission: Gegen Google wurden wegen Kartellrechtsverstößen in mehreren Verfahren Strafen in der Höhe von insgesamt mehr als 8 Milliarden Euro verhängt, etwa, weil Google eigene Produkte bei «Suchen» vorrangig gelistet hatte. Auch Apple und Amazon mussten sich vor der Kommission verantworten.

Mit dem DSA soll u. a. die Haftung von Plattformen für illegale Inhalte verstärkt werden. Die Anbieter trifft dabei keine ge-

nerelle Prüfpflicht – sie müssen aber bei Kenntnis einschreiten und illegale Inhalte entfernen. Die Meldung von Beiträgen wird dabei durch Beschwerdemechanismen vereinfacht. Eine Definition von digitalen Inhalten bietet der DSA nicht – dies bleibt Sache der nationalen Gesetzgebung. In vielen Fällen ist ohnehin klar, dass gegen Gesetze verstossen wird: etwa bei grafischen Darstellungen von Missbrauch oder bei konkreten Aufrufen zu Straftaten. Bei Fake News oder persönlichen Angriffen sieht die Sache allerdings anders aus. Hier kann die Unterscheidung schwierig sein und Fehleinschätzungen sind gefährlich. Eine Demokratie zeichnet es ja gerade aus, dass auch Minderheitsmeinungen und unpopuläre Ansichten kundgetan werden dürfen. Aber wie wird die Objektivität von Sperrungen gewahrt? Können wir die Entscheidung, welche Inhalte verbreitet werden dürfen, privaten Unternehmen überlassen? Während der Sprecher der Taliban ganz offen deren Ideologien auf Twitter bewirbt, wurde das Profil Trumps dauerhaft entfernt – das zeigt eine gewisse Willkür. Sollen öffentliche Stellen entscheiden – und wenn ja, welche? Wollen wir, dass Behörden aus Orbáns Ungarn die europaweite Sperrung von Inhalten verlangen dürfen? Ganz unabhängig davon, um wessen Profil es sich handelt, muss ein Löschen stets im Sinne der Bürger:innen und unserer Werte sein und darf niemals als Vorwand dienen, um kritische Meinungen von der Bildfläche zu tilgen. Überarbeitete Regelungen für die Online-Welt sind längst überfällig und ein Schritt in die richtige Richtung, doch es stehen noch zahlreiche Fragen im Raum, die es im Zuge der Verhandlungen zu klären gilt. ★



© Claudia Gamon

CLAUDIA GAMON ist österreichisches Mitglied des Europäischen Parlaments in der Fraktion «Renew Europe» und NEOS Europa-Sprecherin. Sie setzt sich für eine handlungsfähige EU ein, die in den Vereinigten Staaten von Europa münden soll. Ihre Kernthemen sind Digitalisierung, Energie, Forschung und Technologie.

Die Voralbergerin ist stv. Vorsitzende der Delegation für die Beziehungen zur Schweiz und den EEA/EFTA-Staaten. Ausserdem ist sie Mitglied im Industrieausschuss sowie stv. Mitglied im Umwelt- und im Binnenmarktausschuss.

Gamon studierte Int. Betriebswirtschaft und Int. Management an der WU Wien und der Université catholique de Louvain. Erste politische Erfahrungen sammelte sie bereits 2011, als sie die Jungen Liberalen als Spitzenkandidatin in die österreichische Hochschüler:innen-schaft (ÖH) führte. Ab 2015 war Claudia Gamon NEOS-Abgeordnete im Nationalrat, ehe sie ins EU-Parlament gewählt wurde.

Klima: Vom Engagement zum Handeln

von **Célia Sapart**, Klimatologin und Glaziologin

Der Appell der Wissenschaft ist klar: Um irreversible Schäden für das Leben auf der Erde zu vermeiden, ist es entscheidend, die globale Erwärmung deutlich unter 2°C zu halten. Die Europäische Union geht voran, indem sie ihre ehrgeizigen Ziele in einem «Klimagesetz» festhält.



© Célia Sapart

DR. CÉLIA SAPART ist eine Schweizer Klimatologin und Glaziologin. Sie lebt in Brüssel und arbeitet als Direktorin für Kommunikation und Klimawissenschaft bei CO₂ Value Europe, einer europäischen Organisation, die das CO₂-Recycling fördert, um die Industrie zu «entfossilisieren» und die Treibhausgasemissionen zu reduzieren. Nach 13 Jahren akademischer Forschung über Treibhausgasemissionen, insbesondere in den Polarregionen, konzentriert sich Célia Sapart nun auf Lösungsansätze zur Eindämmung des Klimawandels auf allen Ebenen der Gesellschaft, einschliesslich der europäischen Behörden. *«Es liegt in der Verantwortung unserer Entscheidungsträger:innen, einen günstigen Rahmen für Klimaschutzmassnahmen zu schaffen: Einen Kontext, der Bürger:innen, Unternehmen und Industrie ermutigt, sich langfristig für eine Zukunft zu engagieren, die auf Kreislaufwirtschaft, Nachhaltigkeit, Solidarität und Stabilität gründet.»*

Trotz ihrer vielkritisierteren Untätigkeit nach dem Pariser Abkommen übernimmt die EU nun eine Führungsrolle bei der Eindämmung des Klimawandels. Die Verabschiedung des «Europäischen Grünen Deals» führte zur Entwicklung zahlreicher legislativer Instrumente und anderer Massnahmen zugunsten einer gerechteren, nachhaltigeren und auf Kreislaufwirtschaft basierenden Zukunft für Europa. Um ihre Ziele zu erreichen, hat die EU kürzlich eine Vereinbarung über das europäische Klimagesetz getroffen; ein neues Gesetz, das Klimaneutralität bis 2050 vorschreibt und die Reduktion von Treibhausgasen bis 2030 (verglichen mit 1990) um «mindestens 55%» verlangt.

Solche Ziele erfordern tiefgreifende und schnelle Veränderungen in unserem Konsumverhalten, in unseren Wirtschafts-, Politik- und Energiesystemen und in der industriellen Praxis insgesamt. Bei der Komplexität unseres Ökosystems und dem Ausmass des Klimawandels gibt es keinen alleinigen Lösungsweg, sondern eine Vielzahl von Massnahmen, die klug kombiniert werden müssen. Verbesserte Energieeffizienz, die Entwicklung erneuerbarer Energien, kreislauforientiertes Ressourcen- und Abfallmanagement und der Ersatz von fossilen Kohlenstoffprodukten sind die Grundlagen der Industrie von morgen. Damit diese Veränderungen geschehen, müssen europäische und internationale Behörden einen gesetzlichen und regulatorischen Rahmen schaffen, der «gute Praktiken» fördert und dazu beiträgt, den Klimawandel so schnell wie möglich und auf nachhaltige Weise abzuschwächen. Zu diesem Zweck und im Zeichen des Grünen Deals überarbeitet die EU derzeit eine Vielzahl von Regularien, so etwa das Emissionshandelssystem oder die zweite Richtlinie für erneuerbare Energien.

Aber das ist noch nicht alles. Es werden auch neue Instrumente eingeführt, wie etwa der «JustTransition Fund». Ziel dieses «Fonds für einen gerechten Übergang» ist es, die von der Veränderung am stärksten betroffenen Regionen zu unterstützen, damit die Ungleichheiten nicht zunehmen. In der Tat gibt es beim Klimaschutz nämlich grosse geografische, technologische und wirtschaftliche Unterschiede. Eine unterstützende und integrierende Perspektive ist nötig – nicht nur sektorenübergreifend, sondern auch zwischenstaatlich – damit sich auf allen Ebenen ein gerechter Übergang ergibt.

Die Entwicklung neuer «grüner» Technologien und deren grossflächiger Einsatz sind nicht minder entscheidend für den Übergang. Die EU investiert stark in Forschung, Entwicklung und Innovation dieser Technologien, dies durch neue Förderprogramme wie «Horizon Europe» und den Innovationsfonds. Diese weltweit einzigartigen Instrumente sollen die Erreichung der UNO-Ziele für nachhaltige Entwicklung und den Weg zu einem klimaneutralen Europa unterstützen.

CO₂-Recycling, auch bekannt als «Carbon Capture and Utilization (CCU)», gehört zu den anerkannten Lösungen, um die CO₂-Emissionen der umweltschädlichsten Industrien zu reduzieren, sowie auch um CO₂ wieder als Industrierohstoff nutzbar zu machen – so lässt sich fossiler Kohlenstoff als Bestandteil von Materialien und Energieträgern ersetzen. Die EU ist führend im Bereich CCU mit mehr als 60 Grossprojekten, deren Technik zur Kommerzialisierung bereit ist oder es bald sein wird. Solche Lösungen sind jedoch nur in einem günstigen politischen Umfeld umsetzbar. Die anstehenden Entscheidungen im Rahmen des Grünen Deals sind daher entscheidend für die Zukunft unseres Kontinents. ★

Unser «darwinistischer Moment»

von **Sandro Gozi**, Präsident der Union der Europäischen Föderalisten und Europaabgeordneter

Mit der Lancierung der «Konferenz über die Zukunft Europas» vom 9. Mai sollte die Europäische Union bedenken, dass dies ein «darwinistischer» Moment ist: Ihr Überleben hängt von ihrer Anpassungsfähigkeit ab.

Der Aufbauplan vom Juli 2020 zeigt, dass die EU den wirtschaftlichen und sozialen Folgen von Covid-19 zu begegnen vermag. Allerdings kennt die EU-Politik strukturelle Schwächen, die an der Konferenz zu diskutieren sind. So erschwert das Prinzip der Einstimmigkeit im EU-Rat konkrete Massnahmen. Auch anderweitig muss die EU sich wandeln: Das EU-Parlament hat immer noch kein echtes Initiativrecht bei der Gesetzgebung und nach wie vor fehlt der transnationale politische Raum.

Die erforderliche Einstimmigkeit im Rat verunmöglicht eine vertiefte Integration und schwächt die demokratische Kontrolle legislativer Prozesse. Für eine wahrhaft demokratische EU muss das Prinzip der qualifizierten Mehrheit auf alle Abstimmungen ausgeweitet und den Staaten, die das wollen, mehr Zusammenarbeit erlaubt werden. Man soll die Integration nicht erzwingen aber sie darf einer Mehrheit von Staaten nicht durch das Nein Weniger verwehrt bleiben. Der zentrale Punkt hier ist die Wahlfreiheit: Alle Länder sollten vorangehen können – wenn auch stets auf integrative und offene Art. Deshalb ist das Beste aus den Bestimmungen zur verstärkten Kooperation zu machen: Sie erlauben unter gewissen Bedingungen massgeschneiderte Initiativen für einzelne Ländergruppen. Zum Beispiel eine engere Koordination zwischen Mitgliedsstaaten bezüglich der neuen EU-Asyl- und Migrationspolitik. Der Vertrag von Lissabon enthält auch Brückenklauseln: Mit ihnen könnte der EU-Rat das Mitentscheidungsverfahren auf alle EU-Rechtsakte ausweiten. Dies wäre ein grosser Effizienzschritt und würde wichtige Reformen sowie neue Massnahmen auf EU-Ebene ermöglichen. Eine weitere Reform, die an der Konferenz auf den Tisch muss, ist das legislative Initi-

ativrecht für das Europäische Parlament. Es ist die einzige volksgewählte EU-Institution, deshalb sollte sie im Gesetzgebungsprozess eine Hauptrolle spielen. Doch anders als andere Parlamente hat das EU-Parlament kein direktes legislatives Initiativrecht.

Obwohl die Verträge theoretisch ausschliesslich die EU-Kommission berechnen Gesetze zu initiieren, ist hier zunehmend der Europäische Rat involviert – während sich das Parlament als Ersatz für das Initiativrecht immer noch mit informellen Mitteln abfinden muss. Diese Mittel sind unzureichend, wenn die europäische Demokratie neue Impulse erhalten soll.

Doch politische Reformen und neue Kompetenzen genügen nicht. Vonnöten ist ein wirklich europäischer öffentlicher Raum. Dazu braucht es mehr EU-Demokratie, beginnend mit echten transnationalen Bewegungen, Massnahmen und Wahlen. Damit Europa einen «Mehrwert» bietet, ist es Zeit, die EU zu einem Vorbild der Demokratie zu machen. Die «Rückeroberung der Kontrolle» über die grossen europäischen Themen und die nötige EU-Handlungsfähigkeit erfordern eine neue transnationale Politik.

Dabei bietet die «Konferenz über die Zukunft Europas» die Chance, von den Bürger:innen zu hören, wie sie sich die Zukunft der Union vorstellen. Eine Neuausrichtung sollte darauf abzielen, den Konsens über die Aufgabe der EU wiederherzustellen – genau darüber herrscht europaweiter Diskussionsbedarf. 2022 soll die französische EU-Ratspräsidentschaft die ersten Schlussfolgerungen aus der Konferenz weiterverfolgen und vor den Europawahlen 2024 die notwendigen politischen und legislativen Schritte einleiten. ★



© Sandro Gozi

SANDRO GOZI

Nach seinem Studium in Recht, internationalen Beziehungen und Volkswirtschaft interessierte sich Sandro Gozi bald für europäische Angelegenheiten. Im Jahr 1999 trat er in das Kabinett von Romano Prodi, dem Präsidenten der Europäischen Kommission, ein und wurde dann Berater für europäische Angelegenheiten des Präsidenten des italienischen Ministerrats. Sandro Gozi erklomm schnell die Leiter der italienischen Politik, wurde zunächst Diplomat, dann Abgeordneter und schliesslich Staatssekretär für europäische Angelegenheiten in den Regierungen Renzi und Gentiloni. Heute sitzt er im Europäischen Parlament, gewählt 2019 unter dem Banner «Renaissance», der Liste von Emmanuel Macrons Partei En Marche! Er ist Mitglied der Ausschüsse für Binnenmarkt, konstitutionelle Angelegenheiten und regionale Entwicklung. Der Kern seines Engagements: mitzuwirken an der Schaffung eines transnationalen Europas, die Bürger:innen zu mobilisieren und die europäische Integration voranzutreiben. Sandro Gozi ist seit 2018 Präsident der Union der Europäischen Föderalisten (UEF).

«Ihre Gesetzgebung und ihre Standards sind treibende Kräfte der Europäischen Union»

Thérèse Blanchet, seit 2019 Rechtsberaterin und Direktorin des Juristischen Dienstes des Europäischen Rates und des Rates der Europäischen Union, arbeitet eng mit der europäischen Führungsspitze zusammen. Nachdem sie an mehreren Vertragsrevisionen (insbesondere dem Vertrag von Lissabon) eng beteiligt war, hat sie die Staats- und Regierungschefs während dem Brexit und der Pandemie hautnah miterlebt. Was die Zukunft der Union angeht, bleibt die französisch-schweizerische Doppelbürgerin zuversichtlich.



© Thérèse Blanchet/Europäischer Rat

Thérèse Blanchet

Thérèse Blanchet absolvierte ein Studium in Rechtswissenschaften an der Universität Genf, wurde in Genf als Rechtsanwältin zugelassen und erwarb einen Master in Europarecht am «Collège d'Europe» in Brügge. 1990 begann sie für die Europäische Freihandelsassoziation (EFTA) zu arbeiten, wo sie während den Verhandlungen und der Umsetzung des EWR-Abkommens als Rechtsberaterin agierte.

1995 trat sie in den Juristischen Dienst des Rates der Europäischen Union ein, wo sie die Positionen der Rechtsberaterin, der Beraterin des Generaldirektors und dann der Direktorin der Direktion Justiz und Inneres innehatte. 2019 wurde sie als erste Frau zur Generaldirektorin des Juristischen Dienstes und Rechtsberaterin des Rates und des Europäischen Rates ernannt.

Könnten Sie sich uns zu Beginn kurz vorstellen?

Meine Karriere als Anwältin begann ich beim Juristischen Dienst der Europäischen Freihandelsassoziation (EFTA). Anschließend trat ich in den Juristischen Dienst des Rates der Europäischen Union ein, in dem wir in den 2000er Jahren den Lissabon-Vertrag aufsetzten. Danach war ich Direktorin des Juristischen Dienstes für Justiz und Inneres, und seit 2019 bin ich Generaldirektorin des Juristischen Dienstes des Rates der EU und Rechtsberaterin des Europäischen Rates.

Wie sieht die Arbeit des Juristischen Dienstes aus?

Wir agieren als Rechtsberater, indem wir dem Rat schriftliche und mündliche Stellungnahmen abgeben. Bei Gerichtsverfahren treten wir aber auch als Anwälte des Rats auf. Wir tragen also zwei Hüte, wir sind zugleich Berater und Anwälte.

Ist die EU Ihrer Meinung nach bloss eine Fabrik für Gesetze, wie es Kritiker gerne behaupten?

Der Rat ist nicht nur eine Gesetzgebungsmaschinerie. Zusätzlich zu seiner Rolle als Gesetzgeber zusammen mit dem Parlament hat der Rat auch eine politische Gestaltungsfunktion – eine exekutive Rolle. Er schliesst unter anderem internationale Verträge ab und legt die Position der EU auf der internationalen Bühne fest. In der gemeinsamen Aussen- und Sicherheitspolitik

beschliesst er beispielsweise über Sanktionen und die Durchführung von Militäroperationen. Der Europäische Rat hat auch exekutive Kompetenzen beim Festlegen von allgemeinen Richtlinien, sei es im Bereich der Klimaneutralität oder beim Konjunkturprogramm #NextGenerationEU.

Um auf die Gesetzgebung zurückzukommen: Sie ist entscheidend, weil sie das Funktionieren des Binnenmarktes ermöglicht. Ohne eine Gesetzgebung auf gesamteuropäischer Ebene hätten wir 27 verschiedene Gesetzssysteme. In dieser Hinsicht hat sich die Schweiz vom europäischen Binnenmarkt inspirieren lassen, denn sie hat sich ebenfalls ein Binnenmarktgesetz gegeben – ebenso wie die Briten. Übrigens ist die Beziehung zwischen der EU und dem Vereinigten Königreich seit dem Brexit beispielhaft dafür, wie es in der EU ohne gemeinsame Gesetzgebung aussähe. Die Briten, die paradoxerweise wegen angeblicher Bürokratieexzesse aus Binnenmarkt und Zollunion ausgestiegen sind, stecken nun fest in ihrem eigenen Übermass an Bürokratie.

Inwiefern ist die Europäische Union Ihrer Meinung nach eine «normative Kraft»?

Als die EU ihre allgemeine Datenschutzverordnung verabschiedete, sah die Welt darin den neuen internationalen Standard. Das Gleiche gilt für andere Bereiche, wie zum Beispiel bei den CO₂-Emissionen von Autos. Offensichtlich sind etliche Länder in



der Welt sehr interessiert daran, eine vorgefertigte Gesetzgebung zu konsultieren, die bereits in 27 anderen Ländern funktioniert – auch weil die Übernahme von EU-kompatiblen Standards den Warenexport in die EU erleichtert. Die EU ist der grösste Wirtschaftsakteur der Welt. In dieser Hinsicht wirkt die EU als eine Art «Soft Power.» Die Standards die sie setzt, machen sie zu einer treibenden Kraft. Auch die Schweiz passt sich freiwillig und dynamisch den meisten europäischen Standards an. In der heutigen Zeit und insbesondere seit den Brexit-Verhandlungen, bei denen die EU-Staatschefs nie einen Keil zwischen sich treiben liessen, erleben wir einen Paradigmenwechsel innerhalb der Union: Es wird deutlich, dass die Stärke im Zusammenhalt liegt.

Welches sind Ihrer Meinung nach die Bereiche, in denen die EU-Institutionen eine führende Rolle spielen könnten oder sollten?

Sagen wir mal so: Auch ohne es erzwingen zu wollen, hat die EU einen globalen Einfluss. Wir haben erkannt, dass wir manchmal etwas naiv waren. Und nun wird sich die EU allmählich ihrer Stärke bewusst. Die von ihr gesetzten Standards – etwa bei der künstlichen Intelligenz oder im Klimaschutz – sollen verhindern, dass sie von anderen Mächten oder von privaten Unternehmen vor vollendete Tatsachen gestellt wird. So haben der Rat der EU und der Europäische Rat etwa begonnen, in ihrer Strategie

die Begriffe «Souveränität» und «leveraging» (Hebelwirkung) zu verwenden, und sie trauen sich zunehmend, das Instrument der Ausgleichsmassnahmen einzusetzen. Es gibt einen Trend zu mehr Realismus.

Wird dieses Bewusstsein von allen Mitgliedstaaten geteilt?

Durchaus. In der Tat beobachten wir derzeit einen erheblichen Sinneswandel: Die Mitgliedstaaten beginnen ihre Stärke zu erkennen und zu nutzen. Im Vergleich zu den anderen gelten wir trotz unserer Macht immer noch als «die Guten». Diese Macht ergibt sich nicht aus der Addition der Souveränität der einzelnen Mitgliedsländer, sondern es entsteht ein Multiplikationseffekt: Die EU hat mehr Macht als die zusammengezählte Souveränität ihrer einzelnen Mitgliedstaaten.

Die Staatsoberhäupter blicken entsetzt auf die Situation zu Beginn der Pandemie zurück, als jeder Staat versuchte, die medizinischen Vorräte des anderen zu stehlen. Sie waren die treibende Kraft bei der Rückkehr zur «Normalität» (nicht zuletzt mit der Einführung des Impfpasses), und sie hatten eine Art Zementwirkung, indem sie – mehr als etwa die Gesundheitsminister – gemeinsam sagten: «nie wieder».

Was für Unterschiede gibt es zwischen «kleinen» und «grossen» Staaten?

Es gibt eine immense Vielfalt innerhalb der Union und die Allianzen, die geschmiedet



«Es darf nicht vergessen werden, dass die EU auf einem föderalen Rechtsmodell aufbaut. Das Europarecht ist daher für Franzosen viel exotischer als für die Schweizer oder die Deutschen.»

Terminologische Erläuterungen

Der **Europäische Rat** setzt sich zusammen aus den 27 Staats- und Regierungschefs sowie den Präsident:innen des Europäischen Rates und der Europäischen Kommission. Seine Aufgabe ist es, die Leitlinien und Ziele der Europäischen Union zu definieren. Er beteiligt sich nicht an der Ausarbeitung oder Verabschiedung von Legislativakten.

Der **Rat der Europäischen Union** setzt sich zusammen aus je einem Minister pro Mitgliedstaat, die je nach anstehendem Thema entsendet werden. In den Rat für Auswärtige Angelegenheiten werden zum Beispiel die Aussenminister:innen geschickt. Zu den Aufgaben des Rates gehören unter anderem die Gesetzgebung und die Verabschiedung des jährlichen EU-Haushalts zusammen mit dem Europäischen Parlament sowie die Koordination der gemeinsamen Ausen- und Sicherheitspolitik.

Der **Juristische Dienst des Rates der EU** ist dem Generalsekretariat des Rates der EU unterstellt, berät aber sowohl den Rat der EU als auch den Europäischen Rat unabhängig. Ihre Rechtsberater:innen nehmen an allen Arbeitsgruppen des Rates, an den Sitzungen des Ausschusses der Ständigen Vertreter und der zehn Zusammensetzungen des Rates der EU teil.

Als **Rechtsberaterin** verfolgt Thérèse Blanchet die Arbeit des Europäischen Rates und sitzt dabei direkt hinter dessen Präsidenten.



© Thérèse Blanchet/Europäischer Rat

Thérèse Blanchet bei der Sitzung des Rates für Auswärtige Angelegenheiten (Verteidigung) im Mai 2021

werden, sind nicht immer die gleichen: Die Staaten gruppieren sich je nach ihren jeweiligen Interessen. Wir sind weit entfernt von dem Mythos, wonach die Grossen die Kleinen «erdrücken» wollten. Es herrscht eine «Clubatmosphäre», welche die Mitglieder zusammenhält. Die Vielfalt der Mitgliedsstaaten und die unterschiedlichen Interessen schaffen ein natürliches Gleichgewicht. Das erklärt auch, warum die von der EU erarbeitete Gesetzgebung weltweit gerne aufgegriffen wird: Sie ist bereits das Ergebnis einer Vielzahl von Kompromissen. Ausserdem entspricht die Grösse eines Staates noch lange nicht seiner Wirkungsmacht: Ein kleiner Staat, der gut vorbereitet auftritt, wird seine Interessen viel besser durchsetzen als ein grosses Land, das sich schwertut, seine inländischen Positionen unter einen Hut zu bringen.

Zum Paradigmenwechsel, von dem Sie sprechen: Ist von der «Konferenz über die Zukunft Europas» tiefgreifender Wandel zu erwarten – gar eine Abänderung der EU-Verträge?

Um ehrlich zu sein, glaube ich nicht an eine Vertragsänderung infolge der Konferenz über die Zukunft Europas. Dazu ist der Prozess viel zu schwerfällig. Höchstens kommt es zur Änderung einzelner Details. Aber ich blicke weiterhin positiv in die Zukunft, denn trotz aller Krisen, die die EU durchgemacht

hat, fällt sie nicht auseinander – sondern wird sogar stärker.

Zum Schluss: Ein Wort an unsere Leser:innen in der Schweiz?

Ich denke, dass die Schweiz keinerlei Interesse daran hat, sich am Vereinigten Königreich zu orientieren. Das wäre ein Fehler. Die Schweiz gehört im wahrsten Sinne des Wortes zum europäischen Kontinent; sie liegt mittendrin. Die Schweiz tut deshalb gut daran, ihre Beziehungen zur EU weiter auszubauen. Aber aufgepasst: Das Wohlfühlen ihrer geografischen Nachbarn ist keine Selbstverständlichkeit. Schliesslich darf nicht vergessen gehen, dass die EU auf einem föderalen Rechtsmodell aufbaut. Das EU-Recht ist daher etwa für Franzosen viel exotischer als für die Schweizer. Ich bin überzeugt, dass sich die Schweiz in der EU wohlfühlen und dort sehr erfolgreich sein würde – sie könnte sich Gehör verschaffen und die notwendigen Allianzen knüpfen, um ihre Interessen bestens wahrzunehmen. ★

Über Europa schreiben – Hoffnung erzählen

von **Richard Werly**, Autor und Journalist

Wir brauchten einen neuen Zugang. Denn wie man weiss, sind Bücher über Europa allzu oft trocken. Wie kann man die Geschichte eines kühnen politischen Traums, der mit den Römischen Verträgen von 1957 eine auf natürliche Weise unvollkommene Union hervorgebracht hat, einfach, verdaulich und lehrreich darstellen? Diesen Zugang fanden wir bei einem französischen Parlamentarier, der sich stark für die Europäische Bewegung engagiert: Senator André Gattolin. Seither verfolgen wir diese Herangehensweise in der Reihe «L'Âme des peuples», die ich beim Verlag Nevicata leite und die 70 Werke seit 2013 herausgebracht hat, darunter «La Suisse» von André Crettenand, «Le Valais» von Guy Mettan und bald «Le Léman» von Isabelle Falconnier. André Gattolin aus der Hauts-de-Seine wurde als Grüner in den Senat gewählt. Er folgte dann Emmanuel Macron, um für «La République en marche» wiedergewählt zu werden: Das europäische Engagement des Präsidenten hatte ihn überzeugt. Inspiriert von Gattolin beschlossen wir, «Rallumer les étoiles» anzupacken.

Eine verrückte Hoffnung

Der Titel sagt bereits alles über das Buch. Das politische Europa entstand aus der verrückten Hoffnung, nationale Souveränität und ein grosses Gemeinschaftsprojekt zu vereinen. Aber wie ist es zu verhindern, dass Richtlinien, Auflagen und gemeinsames Leid den anfänglichen Ehrgeiz verdrängen? Wir wollten diese Widersprüche aufzeigen und den besten Weg zu suchen, um sie gemeinsam zu überwinden. Souveränität ist nicht mehr nur eine Frage von Grenzen. Das nationalistische Denken erzeugt Mythen, die nicht mehr aktuell sind, aber die Phantasie beflügeln. Einige betonen die Notwendigkeit einer grossen europäischen Zukunftsgeschichte, um nach dem Brexit die EU zu verteidigen. Wir taten das Gegenteil: Warum nicht die Daseinsgründe für diese Union hinterfragen, jenseits der offensichtlichen, die in der Tragödie des Zweiten Weltkriegs liegen? Denis de Rougemont hat schon früh festgestellt,

dass Europa auch Kultur ist und dass es auch um Werte geht. Die Schweiz, in der in den 1950er Jahren – etwa in Montreux – die ersten grossen Kongresse der europäischen Föderalisten stattfanden, war ein fruchtbarer Boden für diese Ideale. Ein Beweis dafür, dass auch die Eidgenossenschaft ein Produkt dieses europäischen Schmelztiegels ist, der nun in den bilateralen Verhandlungen verteuert wird.

Eine Ehe und ein Anspruch

«Rallumer les étoiles» verlangt von uns, wie es die Europäische Bewegung mit grossem Verdienst vormacht, einen kühnen gemeinschaftlichen Anspruch. Auch eine Ehe mit Gütertrennung ist immer ein Abenteuer mit offener Zukunft. Das Wesentliche ist, im Laufe der Jahre Kompass und Richtung nicht zu verlieren. Dass wir es gemeinsam besser machen können, wohl wissend, dass dieses Besser oft mit einem «Weniger» einhergehen muss. Weniger Kompetenzen für die EU? Die Diskussion ist offen. Weniger Mitgliedstaaten, die stärker zusammenarbeiten? Weniger Recht und mehr Politik? Alles möglich. Unser Schweizer Urteil über die EU muss so rational wie möglich ausfallen: Ein kleines Land muss seine Interessen und seine Identität verteidigen. Aber wir sollten auch den anderen Teil des Traums träumen: die Souveränität Europas. Sie wird uns herausfordern. So oder so.. ★



Über Europa schreiben - Hoffnung erzählen: Das wollten wir mit diesem kleinen Buch, in dem sich Worte des Historikers Mark Mazower, des Politologen Ivan Krastev, der Geografin Béatrice Giblin, des ehemaligen französischen Europaabgeordneten Alain Lamassoure und des formidablen Geschichtenerzählers Paolo Rumiz überschneiden. Europa ist eine Reise. Unser Ziel: Die Leser durch ihre Wendungen mitzunehmen und zu zeigen, wie Europas Sterne leuchten können, wenn wir sie unvoreingenommen betrachten.

André Gattolin, Richard Werly, «Europe – Rallumer les étoiles», Ed. Nevicata, 2020, 126 Seiten



© Richard Werly

Richard Werly

Richard Werly ist Journalist. Er hat für *Le Journal de Genève*, *Swissinfo* und *Libération* gearbeitet und war in Südostasien, im Irak, in Brüssel und vielen anderen Teilen der Welt tätig. Zurzeit ist er Frankreich- und Europakorrespondent von *Le Temps* und seit Anfang 2021 auch stellvertretender Chefredaktor. Ab 2022 wird er aus Washington berichten. Im Einklang mit seiner internationalen Karriere begründete er die Reihe *L'Âme des peuples* (Die Seele der Völker), die bei Nevicata erscheint. 2020 wurde Werly mit dem renommierten Jean-Dumur-Preis für Journalismus ausgezeichnet.

Der Schweizer Motor der europäischen Integration

von **Lukas Wegmüller**, ehem. Generalsekretär der Europäischen Bewegung Schweiz

JANINA AEBERHARD hat Anfang Mai 2021 die Stelle als Stv. Generalsekretärin der Europäischen Bewegung Schweiz angetreten und setzt sich in dieser Funktion unter anderem für weitere Entwicklungsschritte im europäischen Integrationsprozess und für eine gute Zusammenarbeit zwischen der Schweiz und der EU ein. Janina Aeberhard hat einen Abschluss in Politikwissenschaften (BA) und «Weltgesellschaft und Weltpolitik» (MA) an der Universität Luzern erlangt. Nach dem Schock über die Annahme der Masseneinwanderungsinitiative hat sie sich 2015 der frisch gegründeten Sektion Bern der Operation Libero angeschlossen, um sich für eine offene und fortschrittliche Schweiz, für den Erhalt der liberalen Demokratie und für starke Beziehungen zu Europa einzusetzen. Auf lokaler Ebene politisiert Aeberhard als Mitglied der Grünliberalen Partei im Stadtrat von Bern.

Nach fast fünf Jahren an der Spitze des Sekretariats der Europäischen Bewegung Schweiz (ehemals «Nebs») hat Lukas Wegmüller an Janina Aeberhard übergeben, die anfangs Mai ihre Position als Stv. Generalsekretärin angetreten hat. Hier sein Wort zum Abschied.

Bereits vor dem Zweiten Weltkrieg waren in der Schweiz Gruppen aktiv, die sich für die Förderung des europäischen Föderalismus engagierten. 1934 kam es zur Gründung der «Europa-Union» als Reaktion auf Hitlers Machtergreifung und in Zürich forderte Winston Churchill 1946 «Die Vereinigten Staaten von Europa». Die Schweiz war früh Teil der Geschichte der europäischen Integration aber irgendwie sind wir irgendwann vom Weg abgekommen.

Als Generalsekretär der Europäischen Bewegung Schweiz durfte ich unsere Organisation während der letzten Jahre an den Sitzungen der Europäischen Bewegung International (EMI) vertreten. Dabei fiel mir immer wieder auf, wie unglaublich schweizerisch das ist, was wir unter «Europapolitik» verstehen. Zweimal jährlich gibt es beim EMI einen Rundtisch mit Informationen aus den verschiedenen Organisationen. Während es für die anderen Organisationsvertreter:innen selbstverständlich war, dass die allermeisten angesprochenen Themen nicht nur für die einzelnen Länderorganisationen, sondern europaweit von Relevanz sind, musste ich immer aus der «Schweizer Bubble» erzählen. Und erntete dabei Rückfragen oder noch öfters staunendes Schweigen ob der für Europa irrelevanten Nabelschau in der Schweiz. Es war nie so, wie sich das viele in der Schweiz vorstellen, dass halb Europa gespannt zugehört hat, was denn jetzt die Position der Schweiz sei. Oder noch plastischer: Ausserhalb der Schweiz scheint es wenig Experten für die Bezie-

hung Schweiz-EU, geschweige denn «Expert:innen fürs Rahmenabkommen» zu geben.

So bewegen wir uns in der schweizerischen Europapolitik in einer Blase, entzweitgerissen zwischen Minderwertigkeitskomplex, weil die Schweiz in der EU ja «eh nichts zu sagen hätte», und Grössenwahnsinn - «denen in Brüssel einmal zeigen, wie Verhandeln geht». Und verpassen es komplett, eine Rolle zu spielen bei den Diskussionen zur Zukunft dieses Kontinents. Es ist zu wünschen, dass wir in der Schweiz wieder offener, ambitionierter und kooperativer mit unserem Platz in der Welt umgehen. Wir hätten nämlich vieles beizutragen. Die Diskussionen rund ums Rahmenabkommen zeigen, dass viele wissen, was in der EU läuft. Aber das Konstrukt EU nicht als das verstehen, was es ist: ein diverses, vielfältiges System, das sich immer weiterentwickelt und einem ständigen Aushandlungsprozess unterliegt. Darin sehe ich eher eine Stärke als eine Schwäche, denn auch die Schweiz kennt viele ähnliche Prozesse. Aber mit Blick auf die EU scheint es uns zu verunsichern, dass wir nicht wissen können, wie dieses System in fünf, zehn oder zwanzig Jahren aussehen wird. Leider wollen wir uns deshalb lieber raushalten, als aktiv mitzugestalten. Wir haben zu viele Partikularinteressen, zu starke Kräfte, die weniger Chancen und umso mehr Risiken für ihre eigenen Pfründe sehen. Was mich als Bürger dieses Landes aber immer wieder hoffnungsvoll stimmt, ist die Tatsache, dass wir bei genügend Druck aus unserer Erstarrung herausfinden – und dann schnell und flexibel reagieren können. Das haben Lebenslügen wie das «ewige Bankgeheimnis», welches über Nacht nichts mehr wert war, eindrücklich gezeigt. Ich bin daher optimistisch, dass die Schweiz eines Tages wieder zu einer Treiberin in Europa wird. Es ist eine Frage der Zeit. ★



Covid 19: Wozu war die Europäische Union überhaupt befähigt?

von **Eva Maydell**, Präsidentin der Europäischen Bewegung International und Europaabgeordnete

Es mag bequem oder politisch zweckmässig erscheinen, mit dem Finger auf die EU-Institutionen zu zeigen, weil sie zu viel von diesem oder zu wenig von jenem taten. Besser aber fragen wir grundsätzlich: Wozu war die EU überhaupt befähigt?

In einer schwierigen Zeit, da die Impfkampagne der EU nicht so gut anläuft wie erhofft, wäre es einfach, Brüssel für die Defizite der Europäischen Union verantwortlich zu machen. Gewiss hätte die EU einiges besser machen können beim Reagieren auf die Pandemie, die unser Leben und unsere Wirtschaft seit über einem Jahr fest im Griff hat.

Es mag bequem oder politisch zweckmässig erscheinen, mit dem Finger auf die EU-Institutionen zu zeigen, weil sie zu viel von diesem oder zu wenig von jenem taten. Besser aber fragen wir grundsätzlich: Wozu war die EU überhaupt in der Lage? Wir stehen im siebten Jahrzehnt der europäischen Integration. In bestimmten Bereichen – wie der Gesundheitspolitik – sind die Kompetenzen der EU jedoch immer noch begrenzt. Es gilt deshalb herauszufinden, welche Art von Integration es braucht, um widerstandsfähiger zu werden. Es ist Zeit für weniger Ideologie und mehr Praxisnähe.

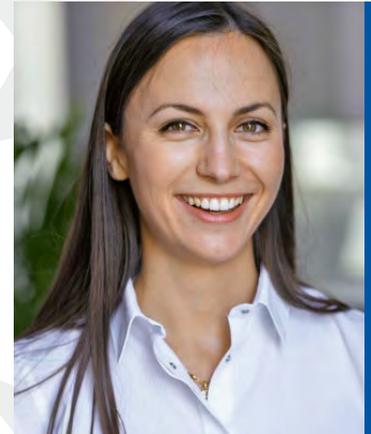
Wenn dies mehr Integration etwa im Gesundheitswesen, der Forschung oder der digitalen Wirtschaft verlangt, sollten wir uns nicht davor fürchten. Während Covid-19 Leben und Wohlstand der Bürger:innen gefährdet, lernen wir die Bedeutung wirksamer Gesundheitssysteme neu zu schätzen. Mit der gemeinsamen Nutzung aggregierter medizinischer Daten müsste nicht in jedem europäischen Land «das Rad neu erfunden» werden; Zusammenhänge und Tendenzen würden viel schneller verstanden. Zusätzliche gesundheitspolitische Kompetenzen und Verant-

wortlichkeiten für die europäische Ebene und die Weiterentwicklung des Binnenmarktes würden es ermöglichen, mit «Best Practices» Skaleneffekte (Grössenvorteile) zu erzielen und damit Zeit und Ressourcen zu sparen.

Unsere Gesellschaften teilen die meisten Herausforderungen – Klimawandel, Sicherheit, Migration aus Drittstaaten, globale Wettbewerbsfähigkeit und strategische Autonomie sind nur einige davon. Diese Probleme sind für die europäischen Länder kein Nullsummenspiel: Verstärkte Koordination und Zusammenarbeit in diesen Bereichen wird uns den Zielen näherbringen. Deshalb hoffe ich, dass die Schweiz ihre Zusammenarbeit mit der EU bei Forschung und Innovation fortsetzen wird. Die Schweiz gehört zu den erfolgreichsten Teilnehmern bei den EU-Förderwettbewerben und ist ein wertvoller wissenschaftlicher Partner. Der Mehrwert von gemeinsamen Anstrengungen und gebündelten Finanzmitteln zeigt sich in der entscheidenden Rolle Europas bei der Entwicklung mehrerer Covid-19-Impfstoffe.

Wenn es Europa gelingt, seine digitalen Unternehmen an der Spitze der Weltwirtschaft zu positionieren, kann es seine internationale Macht und seinen Einfluss zurückgewinnen und Trends setzen, statt Marktanteile hinterherzurrennen. Die EU und die Schweiz sollten daher den Datenaustausch erleichtern, nahtlose digitale Verbindungen zwischen den Ländern sicherstellen und strategische öffentliche Gelder in innovationsfreudige Unternehmen investieren, insbesondere in Start-ups und KMUs.

All diese Beispiele erfordern mutige Massnahmen. Und Reformen auf europäischer Ebene benötigen einen breiten Konsens sowie grösstmögliche Beteiligung der Bürgerschaft. Europa befindet sich nicht an einer Kreuzung, sondern in einem Kreisverkehr mit unzähligen Ausfahrten. Jene, die den Interessen der europäischen Bürger:innen entspricht, führt zu nachhaltigem Wohlstand. ★



© Eva Maydell/European Movement International

EVA MAYDELL ist seit 2014 Mitglied des Europäischen Parlaments und sitzt in der Fraktion der Europäischen Volkspartei (EVP). Seit 2017 ist sie Präsidentin der Europäischen Bewegung International, der grössten Organisation von Verbänden und Zivilgesellschaften in Europa.

Zu den politischen Prioritäten der bulgarischen Europaabgeordneten gehören Innovation, neue Technologien, Unterstützung von Unternehmen und nachhaltige Investitionen. Im Europäischen Parlament ist sie Mitglied der Ausschüsse für Industrie und Wirtschaft sowie Sprecherin der EVP-Fraktion im Sonderausschuss für künstliche Intelligenz.

Eva Maydell wurde in den Listen «New Europe 100» der *Financial Times*, «30 Under 30» von *Forbes*, und «POLITICO 28» von *POLITICO* aufgeführt.



Im Herzen der Schweiz, im Herzen Europas: Porträt unserer Sektion Bern

vom **Vorstand der Sektion Bern der Europäischen Bewegung Schweiz**



© Europäische Bewegung Schweiz

Von links nach rechts und von oben nach unten: Stefan Dörig, Alec von Graffenried, Rosa Losada, Antonin Danalet, Justin Grämiger, Esther Hulliger, Pascal Graf, Franz Hostettler

Grüessecch! Die Sektion Bern ist eine der grössten Sektionen der Europäischen Bewegung Schweiz. Unsere Hauptaufgabe: Wir zeigen und kommentieren die Auswirkungen der Schweizer Europapolitik auf regionaler Ebene. Und wir unterstützen die nationale Europäische Bewegung. Dazu organisieren wir Anlässe und lassen uns auch von Covid-19 nicht entmutigen. Unser Vorstand besteht aus acht überzeugten Europäerinnen und Europäern:

Alec von Graffenried, Präsident

Die Schweiz liegt in Europa, wir teilen die europäischen Werte der Aufklärung, der Freiheit und der Solidarität. Die Herausforderungen unserer Zeit, wie der Kampf gegen den Klimawandel oder das Erreichen globaler Nachhaltigkeitsziele, sind nur gemeinsam zu meistern. Wichtigste Partner sind dabei unsere europäischen Nachbarn.

Rosa Losada, Vizepräsidentin

Europa ist ein erfolgreiches Friedensprojekt, dessen Werte die Schweiz teilt. Ich wünsche mir für die Schweiz ein Mitspracherecht an diesem Friedensprojekt als vollwertiger Mitgliedsstaat, für das Wohlergehen aller Bürger:innen.

Stefan Dörig, Vizepräsident

Europäisch denken – lokal handeln: In der Sektion Bern engagieren wir uns für eine vertiefte Zusammenarbeit mit unseren Nachbarn und der Europäischen Union. Dazu organisieren wir Anlässe, wo Gleichgesinnte und Gegner:innen zu Wort kommen, denn nur gemeinsam haben wir die Chance, etwas zu bewegen.

Justin Grämiger

Intakte internationale Kooperation ist für eine erfolgreiche Zukunft entscheidend. Das einzigartige supranationale Projekt der EU bringt unseren Kontinent in eine ideale Ausgangslage, diese Entwicklungen zu

meistern. Die Schweiz soll dabei nicht nur mitprofitieren, sondern auch mitgestalten.

Esther Hulliger

Die EU ist ein Friedensprojekt. Viele wichtige Entscheide werden dort gefällt, ohne dass die Schweiz mitreden kann, obschon sie mitten in Europa liegt. Als Mitglied der EU würden die mühsamen Verhandlungen, die so viel Energie kosten, wegfallen. Wie gerne würde ich den Beitritt der Schweiz zur EU noch miterleben!

Antonin Danalet

Die Europäische Union ermöglicht Mobilität und Austausch über nationale Grenzen, Sprachen und Kulturen hinweg - in Zusammenhalt und Solidarität. Es ist eine Form der Freiheit, eine Stärke und eine gemeinsame Antwort auf die Probleme unserer Zeit. Mobilität und Austausch wird es immer geben. Sorgen wir dafür, dass es demokratisch, selbstbestimmt und koordiniert geschieht: Treten wir bei!

Franz Hostettler

Die Schweiz ist Teil von Europa. Wir teilen die Werte der Länder dieses Kontinents. Uns fehlt aber die Mitbestimmung. Dafür braucht es die Mitgliedschaft in der EU. Deshalb engagiere ich mich bei der Europäischen Bewegung Schweiz.

Pascal Graf

Je mehr ich mich mit dem Thema Schweiz-Europa auseinandersetze, desto klarer wird mir, dass der Wille zur Isolation der Schweiz und die strikte Ablehnung des EU-Beitritts oft auf einer uninformierten, vermeintlich patriotischen Voreingenommenheit beruhen. Es ist die Aufgabe von uns als Europäische Bewegung, aufzuzeigen, dass die Gründe für eine weitere Annäherung der Schweiz zur EU nicht nur global-strategischer Natur sind, sondern eben auch in der Liebe zur Heimat liegen. ★

Oberrheintag und Schweiz-Europa-Seminar: Projekt um Projekt!

von **Marcela Gisler**, Generalsekretärin der young european swiss | yes

Anfang Februar dieses Jahres konnte ich meine Arbeit als neue Generalsekretärin bei den Young European Swiss - yes aufnehmen und erhielt sehr schnell einen Einblick in die vielfältige Arbeit der einzigen pro-europäischen Stimme der Schweizer Jugend. Etwas zuvor, im Januar, hatte die yes nämlich das Präsidium der trinationalen Partnerschaft JEF Oberrhein für das erste Halbjahr 2021 übernommen. Gemeinsam mit der JEF Strasbourg und der JEF Baden-Württemberg e.V. wurde 2019 die JEF Oberrhein gegründet, mit dem Ziel, den grenzüberschreitenden Austausch in der Oberrheinregion zu fördern und junge Menschen für die wichtigen Themen der Region zu sensibilisieren. Die JEF Oberrhein ist auch eine Chance für die Sektionen, sich gegenseitig zu unterstützen, über Europa zu diskutieren, gegenseitig Ideen anzuregen und Erfahrungen zu teilen, ganz egal in welchem Bereich. Zu den wiederkehrenden Projekten der Partnerschaft gehört neben den Freiburger/Strassburger Gesprächen auch der «Oberrheintag», welcher dieses Jahr zum zweiten Mal stattfindet. Da die yes momentan das Präsidium innehat, organisieren wir die Veranstaltung dieses Jahr in Basel. Sowohl eine Chance aber auch eine grosse Herausforderung für die Grenzregion am Oberrhein ist die Mobilität, welche ein Thema des diesjährigen Oberrheintages (der dem Namen widersprechend zwei Tage dauert) am 3. und 4. Juli sein wird. Das Thema, das rund einen Monat zuvor mit einem Webinar eingeführt wird, ergibt an diesem Wochenende hoffentlich viele spannende Gespräche und Momente für den trinationalen Austausch unter jungen Menschen der Oberrheinregion – sei es beim Besuch des Rheinhafens oder am gemütlichen BBQ danach. Unser nächstes grosses Projekt, welches gleich nach dem Oberrheintag im September ansteht, ist das Schweiz-Europa-Seminar. Das Seminar war letztes Jahr ein grosser Erfolg; es war im Pandemiejahr 2020 einer der wenigen Augenblicke, wo wir uns



Teilnehmer:innen des Schweiz-Europa-Seminars der yes 2020

unter geltenden Schutzmassnahmen trotzdem mit unseren Mitgliedern und Interessierten treffen und austauschen konnten. Die yes setzt sich dafür ein, jungen Leuten in der Schweiz die europäische Integration und die Beziehung zwischen der Schweiz und der Europäischen Union näher zu bringen. Die zweite Ausgabe des Schweiz-Europa-Seminars, welches wir als Alternative zum Challenge Europe organisieren, ist Teil dieses Anliegens. Somit ist die Motivation hoch, und das OK setzt alles daran, die letztjährige Ausgabe nach dem positiven Feedback der Teilnehmenden noch zu übertreffen. An Themen für Workshops, Präsentationen und Podiumsdiskussionen mangelt es in Bezug auf die Europapolitik in der Schweiz wie auch in ganz Europa sicher nicht: Wie geht es weiter mit dem bilateralen Weg? Wie wird sich die «Konferenz zur Zukunft Europas» entwickeln? Wann wird die Schweiz endlich wieder am Erasmusprogramm teilnehmen? Besonders die Vollarsoziierung der Schweiz bei Erasmus+ bleibt der yes in diesem Jahr weiterhin ein wichtiges Anliegen. ★



Werde Mitglied der yes!
Alle Infos sind auf unserer
Webseite: www.y-e-s.ch

Jede «Non-Story» ist gut genug für primitives EU-Bashing



Was immer EU-Funktionäre tun: Es ist «Bürokraten-Irrsinn»

Das EU-Parlament will grüner werden – und schenkt jedem Abgeordneten zwei Topfpflanzen. (...) Europäische Steuerzahler haben eine sonderbare Aktion des EU-Parlaments zu berappen. Zusätzlich zu den sowieso schon beträchtlichen Spesenvergütungen. (...) In einem Schreiben hat die Parlamentsverwaltung die 750 EU-Abgeordneten informiert, dass ab sofort jeder (...) Anspruch auf zwei Topfpflanzen (...) habe. (...) Die Pflanzen gehen komplett auf Rechnung des Parlaments. (...)

Artikel auf der Website der Luzerner Zeitung, 17. Dezember 2020



1 Wir haben versucht, die weltbewegende Story der *Luzerner Zeitung* nachzuchecken – ohne Erfolg: In der Google-Suche auf Deutsch und Englisch steht sie einsam und allein da. Kein anderes Medium hat offenbar auf die «Sensation» angebissen. Auch über das Portal des Europäischen Parlaments ist der Vorgang nicht aufzuspüren. Damit wollen wir natürlich keinesfalls suggerieren, diese «Story» sei erfunden, sondern wir vermuten eher, dass sich in ganz Europa schlicht niemand für diesen Hafenkäse interessiert hat. Es ist eben eine «Non-Story». Eine Parlamentsverwaltung stellt Topfpflanzen in Abgeordneten-Büros – na und?

2 In dubio pro reo: Wir gehen einmal wohlwollend davon aus, dass die Titelzeile mit dem beleidigenden und arroganten «Bürokraten-Irrsinn» nicht vom Brüssel-Korrespondenten, sondern vom Abschlussredaktor in Luzern stammt, der ein müdes und uninteressantes Geschichtlein mit einem guten Schuss Anti-EU-Pöbelelei aufpeppen wollte. Er wird dafür wohl nicht den Pulitzer-Preis erhalten. Ein bisschen Bauchweh verursacht aber der Eindruck schon, dass ein Teil des journalistischen Nachwuchses offenbar auch heute, Jahrzehnte nach den oft mit rhetorischem Zweihänder geführten

heroischen Blocherschen Propagandaschlichten um EG, EWR usw., geistig noch keinen Schritt weiter ist.

3 Bleibt die Frage, was denn der Autor mit dieser «Enthüllung» bezweckte. Es spricht einiges dafür, dass er einfach (huch, wie originell!) zum gefühlte 2375. Mal verkünden wollte, wie gut die Abgeordneten des Europäischen Parlaments materiell versorgt sind. So verweist er im weiteren Verlauf des Artikels auf Zahlen zu Basislohn, Sitzungsgeld, Spesen und Anstellung von Assistenten. Und fairerweise muss man anerkennen, dass er auch einen solchen Abgeordneten sagen lässt, dies sei eben ein Berufsparlament, dessen Mitglieder eine Infrastruktur in drei Büros benötigen – je eines an den Parlamentssitzen in Strassburg und Brüssel sowie eines im womöglich Hunderte von Kilometern entfernten Umfeld ihrer Wählerschaft.

4 Wenn man aber schon dieses Parlament als beträchtlichen Kostenfaktor kritisieren will, dann doch nicht anhand einer irrelevanten kleinen Verschönerungsinitiative, die vermutlich wenig nützt, aber auch niemandem schadet. Der berühmte «Elefant im Raum» ist vielmehr die Frage: Warum braucht dieses Parlament zwei voll ausgestattete Tagungs- und Verwaltungssitze, was mehrmals im Jahr eine wahre Völkerwanderung zwischen Brüssel und Strassburg auslöst? Jeder weiss im Grunde, dass dieser Zustand sündhaft teuer und unökologisch ist; aber jeder weiss auch, dass ein Reformversuch am heiklen Prestigeempfinden des Gründungsmitglieds Frankreich auflaufen würde. Das aber ist kein «Bürokraten-Irrsinn», sondern eine (vorläufig?) unverrückbare politische Konstante. (sp) ★



Ein Quantensprung in der Innovationsförderung

In Brüssel wurde ein Europäischer Innovationsrat (EIC) samt einem «Göttibatz» von 10 Milliarden Euro für den Zeitraum 2021–2027 aus der Taufe gehoben. Er soll, u.a. in Zusammenarbeit mit dem bestehenden Europäischen Forschungsrat, die Entwicklung von Innovationsideen namentlich kleiner und mittlerer Unternehmen bis zur Marktreife antreiben. Ein Hauptakzent liegt auf der Unterstützung von Innovator:innen. Auch werden die Antragsysteme vereinfacht. (sp) ★

Nahziel: 25% Bio-Landwirtschaft in der EU

Die Europäische Kommission lancierte einen Aktionsplan mit 23 Einzelmassnahmen zur Förderung der Bio-Landwirtschaft. Diese findet zur Zeit auf 8,5% der EU-Agrarfläche statt – Tendenz wachsend. Ohne Zusatzmassnahmen würden bis 2030 etwa 15 bis 18% erreicht; die Kommission setzt sich aber 25% als Ziel. Die Aktionsvorschläge betreffen u.a. auch die Förderung des Verbrauchs von Bio-Produkten in öffentlichen Kantinen und bei der Schülerspeisung. (sp) ★

«Europäische Kindergarantie» soll vor Kindernot schützen

Die Europäische Kommission schlägt dem Rat die Einführung einer neuartigen «Europäischen Kindergarantie» vor. Die EU-Länder würden sich damit verpflichten, allen Kindern in Not den freien Zugang zu vier Basisleistungen (Frühkinderbetreuung, Schulbildung, eine gesunde Mahlzeit pro Schultag, gesundheitliche Betreuung) zu garantieren. Die «Garantie» wäre eingebettet in eine umfassende und konkrete «Kinderrechtsstrategie» mit sechs Aktionsfeldern. (sp) ★



IMPRESSUM

Herausgeber

Europäische Bewegung Schweiz

Redaktion

Janina Aeberhard, Zachariah Aebi, Raphaël Bez, Marc-Olivier Reber, Lukas Wegmüller

Magazin europa.ch, PF 481, 3000 Bern 22, + 41 31 302 35 36, magazin@europa.ch

Autor:innen

Antonin Danalet, Stefan Dörig, Claudia Gamon, Marcela Gisler, Sandro Gozi, Pascal Graf, Justin Grämiger, Esther Hulliger, Franz Hostettler, Rosa Losada, Vincent Maitre, Eva Maydell, Célia Sapart, Sebastian Speich (sp), Alec von Graffenried, Lukas Wegmüller, Richard Werly

Übersetzung und Lektorat

Janina Aeberhard, Zachariah Aebi, Raphaël Bez, Toni Koller, Marc-Olivier Reber, Pierre Alain Seiler, Lukas Wegmüller

Konzept

Nicolas Peter

Druck

Stämpfli SA, Bern

Auflage

2700 auf Deutsch, 1700 auf Französisch

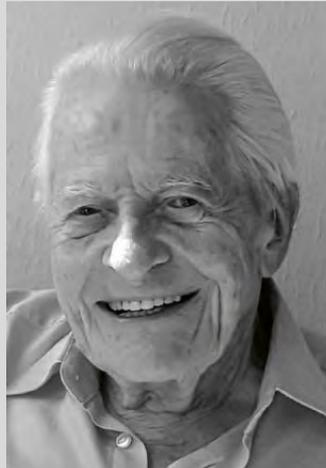
Titelseite

Karin Gugger (Layout), Thérèse Blanchet (Bild)

Postkonto und IBAN

30-9024-9 | CH14 0900 0000 3000 9024 9. Sind Sie daran interessiert, in einer der nächsten Ausgaben des Magazins europa.ch zu inserieren, wenden Sie sich bitte ans Sekretariat unter magazin@europa.ch.

IN MEMORIAM



Max A. Ambühl (1925–2021)

Mit tiefer Trauer haben wir vom Tod von Max A. Ambühl erfahren, einem überzeugten Europäer, Mitglied und treuen Unterstützer der Europäischen Bewegung seit über fünfzig Jahren. Seit 1951 hat sich Max A. Ambühl in der Europa-Union und später in der Europäischen Bewegung engagiert, sowohl in der Schweiz als auch international. Mit Energie und Leidenschaft arbeitete er u. a. im Generalsekretariat, wo er an der Gestaltung des Magazins *europa.ch* mitwirkte. Max A. Ambühl hat viel bewegt. Wir sind ihm unendlich dankbar und werden ihn in allerbesten Erinnerung behalten. Sein unerschütterliches Engagement für die europäische Integration unseres Landes inspiriert und ermutigt uns weiterhin.



Working at Home. La Punt Arbeitskonsole und Marva Drehstuhl.
Design: Mathias Seiler

Dank seiner wahlweise klappbaren Arbeitsfläche ist La Punt ein Arbeitsmöbel, welches in jeder Wohnung Platz findet.

Zum Sitzen Marva – ein Drehstuhl, der mit seinen runden und weichen Formen viel Wohnlichkeit vermittelt und dennoch über alle Funktionen verfügt, die Sie von einem ergonomischen Drehstuhl erwarten sollten.



Die Folgen des 26. Mai 2021

von **Janina Aeberhard**, Stv. Generalsekretärin, und **Raphaël Bez**, Generalsekretär

Der Bundesrat setzt mit seinem Entscheid, das institutionelle Rahmenabkommen zu beerdigen, einiges aufs Spiel. Das Rahmenabkommen hätte unsere bilateralen Beziehungen mit der Europäischen Union erleichtern sollen, indem es Spielregeln für die künftige Zusammenarbeit und für die Aktualisierung der bestehenden Verträge festgehalten sowie auch neue Kooperationen ermöglicht hätte. Ohne einen solchen institutionellen Rahmen erodiert der bilaterale Weg, da die EU keine neuen Abkommen mit der Schweiz mehr abschliessen und auch die bestehenden nicht mehr aktualisieren wird. Die Folgen davon sind weitreichend und schwerwiegend.

1) Personenfreizügigkeit

2020 lebten mehr als 1,4 Millionen EU-Bürger:innen in der Schweiz und rund 400'000 Schweizer:innen lebten in der EU. Insbesondere in der Gesundheits- und Gastronomiebranche ist die Schweiz abhängig von ausländischen Arbeitskräften: 37,4% der Ärzt:innen und rund 45% der Gastronomiemitarbeiter:innen (gemäss EU-Kommission) kommen aus dem Ausland. Ohne Rahmenabkommen verlieren wir beispielsweise den Zugang zu EURES, dem Kooperationsnetzwerk zur Förderung der innereuropäischen Mobilität im Bereich des Arbeitsmarktes. Dank diesem Netzwerk haben Unternehmen und Arbeitnehmer:innen aus der EU und den EFTA-Ländern Zugang zu mehr als 3 Millionen Stellenangeboten und 800'000 Lebensläufen von motivierten Arbeitssuchenden.

2) Handel

Die EU ist für die Schweiz der wichtigste Handelspartner und mehreren Studien zufolge ist die Schweiz die grösste Pro-Kopf-Nutznieserin des europäischen Binnenmarktes. Ohne bilaterale Abkommen würde sich unser BIP gemäss des SECO (2015) um CHF 460 bis 630 Milliarden bis 2035 verringern. Weitere Folgen des Scheiterns des institutionellen Rahmenabkommens: das MRA (Abkommen zum Abbau technischer Handelshemmnisse bei der Vermarktung von Industrieerzeugnissen) für Medizinprodukte ist am 26. Mai 2021 bereits abgelaufen und wird ohne das institutionelle Abkommen nicht aktualisiert.

3) Gesundheit

Ohne institutionelles Abkommen wird auch ein Abkommen im Bereich öffentliche Gesundheit schwierig. Die Schweiz kann sich beispielsweise nicht am Europäischen Zentrum für die Prävention und die Kontrolle von Krankheiten beteiligen, hat keinen Zugang zur gemeinsamen Beschaffung von Schutzausrüstungen, ist von den technischen Arbeiten im eHealth Netzwerk sowie auch von der europäischen Behörde für Krisenvorsorge und -reaktion bei gesundheitlichen Notlagen (HERA) ausgeschlossen.

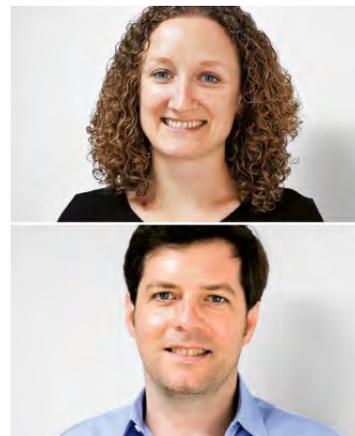
Wie geht es weiter?

Zunächst fordern wir weiterhin die Freigabe der «Kohäsionsmilliarde» sowie den Abschluss weiterer Kooperationspakete, etwa im Bereich Forschung (Horizon Europe), Bildung (Erasmus+) oder digitale Transformation (Digital Europe).

Nachdem die EU deutlich gemacht hat, dass die Fortsetzung des bilateralen Weges ohne das institutionelle Abkommen nicht möglich ist, müssen wir nun eine grundsätzliche, offene und sachliche Debatte über die Rolle und den Platz der Schweiz in Europa ermöglichen. Für den Anstoss einer solchen Debatte schliessen wir das Instrument einer Volkssinitiative nicht aus. Denn wir müssen alles dafür tun, damit die Schweiz wieder auf den Weg einer dynamischen europäischen Integration zurückkehrt. Unsere Zukunft und die der kommenden Generationen steht auf dem Spiel!

Wir zählen auf Ihre Unterstützung – jetzt mehr denn je. Danke! ★

Eine weitere Möglichkeit zu zeigen, dass Sie für eine europäische Zukunft der Schweiz eintreten, bietet unser «Ich wohne in Europa»-Aufkleber. Einfach bestellen und gut sichtbar auf die Rückseite Ihres Autos, auf Ihren Laptop oder auf Ihre Büro-Arbeitsmappe kleben. Um einen Aufkleber zu bestellen und/oder für eine europäische Schweiz zu spenden, scannen Sie den QR Code ein, gehen Sie auf unsere Webseite www.europa.ch oder schicken Sie uns eine E-Mail an info@europa.ch. Vielen Dank im Voraus!



Wir brauchen Ihre Unterstützung:

- Machen Sie Werbung in Ihrer Umgebung und ermutigen Sie Freunde und Familie, Mitglieder der Europäischen Bewegung zu werden!
- Unterstützen Sie uns mit einer Spende (benützen Sie den QR Code) – egal wie viel, jeder Franken ist uns kostbar! CCP: 30-9024-9 – IBAN: CH14 0900 0000 3000 9024 9
- Werden Sie Mitglied im Kampagnenclub (500 Franken pro Jahr, jährlicher Mitgliederbeitrag inbegriffen) und unterstützen Sie unsere Kampagnen!
- Liken, retweeten oder teilen Sie unsere Publikationen und erwecken Sie Facebook, Twitter, Youtube, LinkedIn und Instagram zum Leben!

Weitere Informationen erhalten Sie auf unserer Website oder per E-Mail (info@europa.ch). Vielen Dank im Voraus!



JETZT BESTELLEN ODER SPENDEN



